



**Fraktion
im Rat
der Gemeinde Extertal**



Extertal, 15. Mai 2015

An die
Gemeinde Extertal
Herrn Bürgermeister
Hans Hoppenberg
- Rathaus -
32699 Extertal

Resolution „Flüchtlingskosten“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hoppenberg,

die UWE-Fraktion beantragt, zu der Thematik „Asylbewerberleistungsge-
setz - Kosten der Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Un-
terbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewer-
bern“ eine Resolution zu verabschieden. Auf diesem Wege sollte -
möglichst zusammen mit dem Kreis Lippe sowie den 16 Kommunen - ein
Appell an Bundes- und Landesgesetzgeber gerichtet werden.

Unsere Fraktion steht grundsätzlich hinter der Asylgesetzgebung. Als
wohlhabendes Land sowie als demokratischer und sozialer Rechtsstaat
haben wir die Verpflichtung, politisch Verfolgten eine Zufluchtsmöglich-
keit, Unterbringung und echte Lebensperspektive zu gewähren. In Exter-
tal gibt es eine hohe Willkommenskultur, was von unserer Fraktion aus-
drücklich begrüßt wird. In der Finanzierung der vielfältigen Aufgaben im
Asylbereich sehen wir jedoch eine große Gerechtigkeitslücke und daraus
resultierend einen Handlungsbedarf von bundes- und landespolitischer
Seite. Wir beantragen deshalb, den folgenden Appell an Bund, Land und
die zuständigen und verantwortlichen lippischen Abgeordneten zu
richten (Entwurf):

„Die Gemeinde Extertal vermisst eine wesentlich höhere Beteiligung von
Bund und Land an den vor Ort entstehenden Kosten für die Flüchtlinge.

Die Kommunen tragen in NRW die Hauptlast für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen. Trotz hohen Flüchtlingsstroms und damit einer deutlich erhöhten Zuteilung auf die Städte und Gemeinden, existiert eine totale Schieflage in der Finanzierung der Aufgaben.

Darunter leidet die kommunale Willkommenskultur. Es findet keine Kostendeckung statt. Derzeit werden der Gemeinde Extertal lediglich deutlich unter 50 % der anfallenden Kosten erstattet. Wir sind der Auffassung, dass sporadische Finanzspritzen als Ausgleich für die enorme Mehrbelastung der Kommunen nicht ausreichen. Es wäre zu begrüßen, wenn die beschlossenen Bundesmittel vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden. Jedoch ist es wenig hilfreich, eine Auseinandersetzung darüber zu führen, wie welche Finanzierungsanteile von welcher politischen Ebene bereit gestellt werden sollen, wenn gleichzeitig feststeht, dass die aktuellen Mittelansätze zukünftig nicht ausreichen werden, um die Kommunen wirksam von den Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu entlasten. Es ist absehbar, dass bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen immer neue Sonderfinanzierungsprogramme aufgelegt werden müssten. Vielmehr fordern wir, dass für die Kommunen ein zuverlässiges und kostendeckendes Verfahren entwickelt und dann verabschiedet wird, das zu einer spürbaren Entlastung der Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung führt.“

Wir schließen uns darüberhinaus vollinhaltlich den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände in NRW an (s. Anlage).

Freundliche Grüße

Manfred Stoller

Michael Wehrmann

Hans Friedrichs